

Baden-Württemberg

Landeskunde

Landesgeschichte

Landespolitik

10 | 2007

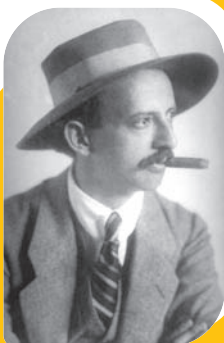
MENSCHEN AUS DEM LAND

1882-1934
LUDWIG MARUM

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

EIN BADISCHER SOZIALDEMOKRAT JÜDISCHER HERKUNFT



Als Privatmann orientierte sich Marum an einem bildungsbürgerlichen Lebensstil und führte ein offenes Haus, das zur Geselligkeit einlud. Interesse an Kunst und Literatur bestimmte den Inhalt der Gespräche im Freundeskreis.

Dem Politiker Ludwig Marum (1882–1934) gebührt ein bedeutender Platz in der Demokratiegeschichte des deutschen Südwestens. In der Novemberrevolution 1918 erwarb er sich große Verdienste auf dem Weg zu einer republikanischen Ordnung. In der neu gebildeten Badischen Vorläufigen Volksregierung von 1918/19 übernahm der Sozialdemokrat das Amt des Justizministers. In der Weimarer Republik zählte Marum zu den führenden Politikern Badens, er nahm als Fraktionsvorsitzender im Badischen Landtag und als Staatsrat in der badischen Regierung entscheidenden Einfluss auf die Grundlinien der Politik, die er im demokratischen und rechtsstaatlichen Geist zu gestalten suchte. Marum war ein bedeutender Repräsentant der badischen Arbeiterbewegung. Im frühen 20. Jahrhundert unterstützte er den Wandel der SPD zu einer „sozialistisch-demokratischen“ Reformpartei und trug damit zur Anerkennung der Arbeiterbewegung und zu ihrer Integration in den Kreis der bestimmenden politischen Kräfte bei. Marum galt als der Architekt des neuen Regierungsbündnisses zwischen der SPD und bürgerlichen Parteien, das in Baden bereits in der Vorläufigen Volksregierung von 1918/19 realisiert worden war.

Die Integration der jüdischen Minderheit, der Marum entstammte, war für den erfolgreichen Juristen ein besonderes Anliegen. Er trat dem Antisemitismus seiner Zeit stets kämpferisch entgegen und bekannte sich wiederholt öffentlich und selbstbewusst zu seinen jüdischen Wurzeln.





1928 wechselte Marum in die Reichspolitik, wo er sich als Reichstagsabgeordneter auf dem Gebiet der Rechtspolitik einen Namen machte.

Als einer der entschiedensten Gegner des Nationalsozialismus gehörte er zu den ersten Opfern des NS-Terrors. Er wurde in der Nacht vom 28. auf den 29. März 1934 im KZ Kislau bei Bruchsal ermordet.

KINDHEIT UND JUGEND IM GROSSHERZOGTUM BADEN

Ludwig Marum wurde am 5. November 1882 als erstes Kind einer mittelständischen jüdischen Familie in Frankenthal/Pfalz geboren. Seine Familie betrieb eine Eisenhandlung, die in der Zeit der beginnenden Industrialisierung einen ausreichenden Lebensunterhalt sicherte. Von der jüdischen Religion hatte sich die Familie Marum weitgehend gelöst, sie hatte sich assimiliert und vertrat liberale und tolerante Standpunkte.

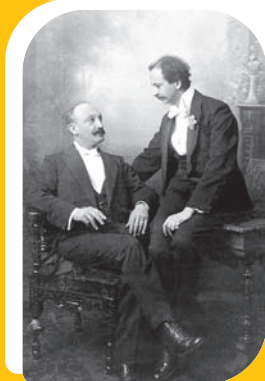
Ludwig Marum verlor bereits im Alter von sieben Jahren seinen Vater, der 39-jährig an den Folgen einer Kriegsverletzung im deutsch-französischen Krieg starb. Nach dem Tode ihres Mannes verließ Marums Mutter Frankenthal und lebte fortan mit ihren beiden Kindern im badischen Bruchsal, wo sie mit Unterstützung ihres wohlhabenden Schwagers, des Tabakhändlers Jonas Katz, ihren Lebensunterhalt bestritt. Marum lernte schon als Kind Armut und Abhängigkeit kennen. Sein Onkel finanzierte allerdings seine Ausbildung und ermöglichte ihm den sozialen Aufstieg in die akademisch gebildeten Schichten. Marum besuchte das Großherzoglich Badische Gymnasium in Bruchsal, wo er im Jahre 1900 als Bester seines Jahrgangs das Abitur mit der Durchschnittsnote 1,0 ablegte. In den Jahren 1900–1904 schloss sich das Studium der Rechte in Heidelberg und München an. Während seiner Studienzeit erlebte Marum an der Uni Heidelberg einen Zusammenstoß mit antisemitisch eingestellten Verbindungsstudenten. Dieses Ereignis politisierte ihn und verstärkte seine kritische Einstellung gegenüber den Vorurteilen und der intoleranten Haltung der Mehrheitsgesellschaft.

E. Bergmann 
23. III - 35
Lasciate ogni Speranza,
Voi ch'entrate!
L. Marum  Dante 
J. von Protopopoff 

Marum erhielt von der Uni Heidelberg eine Karzerstrafe, als er sich gegen antisemitische Beleidigungen judenfeindlicher Verbindungsstudenten zur Wehr setzte. „Lasst alle Hoffnung fahren“, mit diesem Dante-Zitat, das bis heute im Heidelberger Karzer zu lesen ist, distanzierte sich Marum auf ironische Weise von der vorurteilsbeladenen Haltung seiner Gegner. FOTO: PRIVAT

LEBENSENTSCHEIDUNGEN

Der junge Marum wurde von dem Karlsruher SPD-Parteivorsitzenden Wilhelm Kolb, der als führender Reformist galt, gefördert. Das Bild zeigt die beiden auf einem Ball in Karlsruhe 1910.



Nach Abschluss seiner Referendarszeit ließ sich Marum 1908 als freier Rechtsanwalt in Karlsruhe nieder. Dort erwarb er sich einen Ruf als exzellenter Strafverteidiger und als kundiger Experte des Zivilrechts. Seine juristischen Kenntnisse stellte er mittellosen Klienten oft kostenlos zur Verfügung.

Marum lernte im Jahr 1904 seine zukünftige Ehefrau, Johanna Benedick, kennen, eine gebildete junge Frau aus bürgerlichem Haus, mit der er später seine literarischen und künstlerischen Interessen teilen sollte. Das Paar zog drei Kinder auf, denen es – entgegen dem autoritär geprägten Erziehungsstil der Zeit – liberale Grundsätze und die Werte der Gleichheit und Toleranz vermittelte.

Politisch entschied sich Marum zum Eintritt in die badische SPD, die einen gemäßigten Kurs verfolgte und die ihre Fundamentalopposition gegen das bestehende politische System aufgegeben hatte. Ihr Ziel eines demokratischen Sozialismus strebte sie auf dem Weg der Reformen an, mit den politischen Gegnern suchte sie den Ausgleich und den Kompromiss. Marum gehörte zu den überzeugtesten Anhängern dieser neuen reformistischen Linie, die sich vom marxistischen Konzept des Klassenkampfes und der Revolution abgewandt hatte. Demokratie, Rechtsstaat und soziale Gerechtigkeit waren die vornehmlichen Ziele, die der Politiker Marum im Bündnis mit bürgerlichen Kräften realisieren wollte.

1910 trat Marum aus der jüdischen Gemeinde aus, von deren Religion er sich zunehmend entfremdet hatte. Drei Jahre später trat er der freireligiösen Gemeinde bei, in der viele Sozialdemokraten aus der Arbeiterschicht ihre religiöse Heimat gefunden hatten. Die Freireligiösen vertraten eine aufgeklärte, pantheistische Haltung, die sich vor allem den Grundsätzen des Humanismus verpflichtet fühlte.

DER POLITISCHE AUFSTIEG DES JUNGEN MARUM



Der Soldat Marum (sitzend vorne von rechts) mit Kameraden im Jahr 1915 in Durlach, wo er als Landsturmmann dem Trainbataillon 14 angehörte.

Schon mit seiner religiösen Entscheidung hatte sich Marum fest in die subkulturellen Strukturen der Arbeiterbewegung eingebunden. Sein frühes Engagement für die Arbeitersängerbewegung führte dieses Integrationsbemühen fort. Von 1910 bis 1919 stand Marum als Präsident dem badischen Arbeitersängerbund vor. Seine eigentliche politische Laufbahn begann Marum 1911 als Stadtverordneter im Karlsruher Bürgerausschuss, wo er sich für die lokale wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung des schulischen Bildungsniveaus in der badischen Residenzstadt einsetzte. Im Oktober 1914 zog der 31-Jährige in die 2. Kammer des badischen Landtags ein. Damit begann seine knapp 20-jährige Tätigkeit als einer der herausragendsten Parlamentarier Badens und Deutschlands. Im Jahr 1915 übernahm er den Vorsitz der Justizkommission im badischen Parlament. Zugleich arbeitete er als Mitglied im einflussreichen Haushaltsausschuss mit und wurde bereits 1918 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD.

In der SPD hatte sich bei Ausbruch des 1. Weltkriegs eine Wende im Verhältnis zu den herrschenden politischen Kräften abgezeichnet. Ihre durch den Krieg bewirkte Kooperationswilligkeit bewies die Partei, indem sie den defensiven Charakter des Krieges bejahte, der Regierung die Kriegskredite bewilligte und jegliche Opposition in der Burgfriedenspolitik aufgab. Als die Partei ab dem Jahre 1917 wieder oppositionelle Stand-

punkte vertrat, nutzte auch die badische SPD ihre mittlerweile anerkannte Position im Parlament zur Kritik am System des Obrigkeitsstaates und forderte eine Verfassungsreform. Ihr wichtigster Sprecher auf diesem Politikfeld war Ludwig Marum. Unter Hinweis auf die vielen Opfer, welche die kämpfende Truppe und die Zivilbevölkerung erbracht hatten, forderte Marum als Gegenleistung von den herrschenden konservativen Eliten demokratische Zugeständnisse.

Marum selbst hatte seine Militärzeit in einer Versorgungseinheit im nahen Durlach abgeleistet, für seine Verdienste war er 1917 mit dem Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Viele Juden hatten ihre nationale Einstellung im Krieg durch eine freiwillige Meldung an die Front unter Beweis gestellt. Dies konnte jedoch nicht verhindern, dass der Antisemitismus in Deutschland unter dem Eindruck der Kriegsniederlage zunahm und die jüdische Minderheit als Sündenbock für die krisenhafte gesellschaftliche Entwicklung herhalten musste.



Die Badische Vorläufige Volksregierung wurde von dem Mannheimer Sozialdemokraten Anton Geiß (sitzend Mitte) geführt. Als Justizminister leitete der 36jährige Marum (sitzend 2. von rechts) ein Ressort, in dem bisher weder Sozialdemokraten noch Menschen jüdischer Herkunft in führender Position vertreten waren.

WEGBEREITER DER REPUBLIK

Die durch die Niederlage ausgelöste Krise führte zu einer revolutionären Situation in Deutschland, auf die im badischen Südwesten in besonderer Weise reagiert wurde. Die politischen Bemühungen waren dort darauf gerichtet, Gewalt zu vermeiden und im Konsens der bestimmenden politischen Kräfte den Übergang zur Republik zu gestalten. Dass dies gelang, war das besondere Verdienst Marums. Er übernahm die Vermittlung zwischen den divergierenden Kräften der Rätebewegung und den etablierten politischen Parteien, die er zu einem gemeinsamen Vorgehen bewegen konnte. Mit Billigung der Arbeiter- und Soldatenräte bildete sich in Baden eine Vorläufige Volksregierung, die auf einem breiten Koalitionsbündnis beruhte. Erstmals führte nun auch in Baden die SPD die Regierung, allerdings arbeitete sie hier von Anfang an mit bürgerlich-liberalen Kräften zusammen. Diese so genannte „Weimarer Koalition“ ging auf die Bemühungen Marums zurück, der in der neuen Regierung das Amt des Justizministers übernahm.

In der Badischen Vorläufigen Volksregierung waren zwei Minister jüdischer Herkunft vertreten. Dieses Novum unterstrich das Bestreben, der Integration der Juden auch in der politischen Machtspitze Ausdruck zu geben.

Obwohl die Zentrumspartei bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung, an denen erstmals auch die Frauen teilgenommen hatten, gesiegt hatte, konnten Marum und seine Partei den sozialdemokratischen Verfassungsentwurf des Juristen Eduard Dietz durchsetzen. Damit trat in Baden eine Grundordnung in Kraft, die zu den demokratischsten Staatsordnungen Deutschlands gehörte. Die Partizipation des Volkes war in großem Umfang gesichert, die Rechte religiöser Minderheiten – wie der Freireligiösen und der Juden – waren in der Verfassung verankert und garantierten ihnen einen gleichberechtigten Status und Chancengleichheit in der staatlichen Ämterlaufbahn.

1919 trat Marum vom Amt des Justizministers zurück, er war jedoch die folgenden 10 Jahre als Staatsrat, d.h. als Minister ohne Portefeuille, in der badischen Regierung tätig. Er setzte sich für die Fortführung der Weimarer Koalition in Baden ein, die dort erfolgreich bis 1932 zusammenarbeitete.

VERDIENSTE IN DER WEIMARER REPUBLIK



Das Bild zeigt die Familie Marum auf einer Urlaubsreise in den 20er Jahren. Die älteste Tochter Elisabeth (ganz rechts) emigrierte in die USA. Ihren Lebensabend widmete sie der Arbeit für die Erinnerung an ihren Vater.

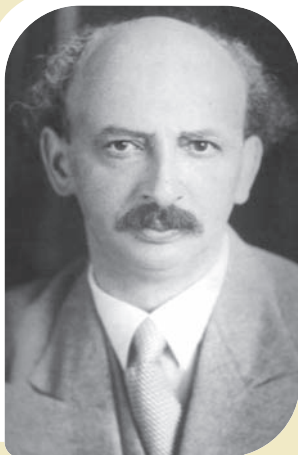
Die zehn Jahre von 1919 bis 1929 bildeten den Höhepunkt seines politischen und privaten Lebens. Marum setzte sich für eine politische Kultur des Ausgleichs und des Kompromisses in Baden ein. Als Fraktionsvorsitzendem der SPD im badischen Landtag fiel Marum eine entscheidende Gestaltungsaufgabe zu, die er dem Ausbau von Demokratie und Rechtsstaat widmete. Wichtige Politikfelder bildeten der Aufbau einer demokratisch gesinnten Beamtenschaft und die Bildungspolitik, die auch den Unterprivilegierten Chancengleichheit in Aussicht stellte. An den Schulen und Hochschulen des Landes wurde eine politische Erziehung im republikanischen Geist gefördert. Die neue Sozialpolitik fand ihren Ausdruck in der Erweiterung sozialer und partizipatorischer Rechte der Arbeiterschaft. Sie erfüllte die Forderungen nach Ausgleich und Gerechtigkeit in einer von Klassegegensätzen gespaltenen Gesellschaft.

Als in den Anfangsjahren der Republik Putschversuche von rechts und Attentate auf demokratische Politiker die junge Demokratie erschütterten, widmete Marum all seine Kräfte der Verteidigung der Republik. Auch der nach wie vor verbreitete Antisemitismus rief seinen Widerstand hervor. In mehreren Landtagsreden geißelte er die moderne Judenfeindschaft und rief zur Überwindung von Vorurteilen und zur Toleranz auf. Marums anerkannte Stellung in den führenden Kreisen badischer Politik wurde öffentlich sichtbar, als dem prominenten Sozialdemokraten durch die Universität Freiburg im Jahre 1926 die Ehrendoktorwürde verliehen wurde.

Sein Freundeskreis aus Künstlern und Intellektuellen, zu deren bekanntesten Persönlichkeiten die Schriftsteller René Schickele und Annette Kolb zählten, war ein Ort der Geselligkeit. In diesem Zirkel waren die Barrieren zwischen Juden und Nichtjuden überwunden, und das Ziel einer toleranten, pluralistischen Gesellschaft nahm dort bereits Gestalt an.

DER REICHSTAGSABGEORDNETE 1928–1933

Ludwig Marum 1928.
Als Abgeordneter des Reichstages kritisierte er in mehreren Reden die Fehltritte einer parteiischen Klassenjustiz. Er forderte Ausgewogenheit in der Ahndung politischer Delikte von rechts wie von links.



Marum hatte 1928 ein Reichstagsmandat errungen. Mit dem glänzenden Wahlergebnis seiner Partei eröffneten sich dem Reformismus neue Gestaltungsräume. Marum unterstützte – wie bereits in Baden – ein breites Regierungsbündnis unter der Führung des Reichskanzlers Hermann Müller (SPD). Im Rechtsausschuss des Reichstags gehörte Marum zu den führenden sozialdemokratischen Juristen.

Als die Krise von 1930 an unter den wechselnden Präsidialkabinetten offenbar wurde, verstärkte Marum seine Bemühungen zur Verteidigung der Republik. Sein Kampf galt vor allem der Abwehr der Nationalsozialisten. Doch obwohl er selbst mehrfach Opfer nationalsozialistischer Verleumdungskampagnen geworden war, unterschätzte er deren radikalen Antisemitismus.

Zu spät erwog Marum die Möglichkeit einer Einheitsfront mit den Kommunisten und die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung. Im März 1933 bewies er großen Mut, als er in einer Wahlkampfreden die Hitler-Regierung scharf angriff.

Dieser konsequente Widerstand erhöhte seine persönliche Gefährdung, die für ihn schon wegen seiner jüdischen Herkunft in besonderem Maße bestanden hatte.

DAS LETZTE LEBENSJAHR

Am 10. März 1933 wurde Ludwig Marum unter Missachtung seiner Immunität von den Nazis in Schutzhaft genommen. Nach zweimonatiger Haft im Karlsruher Gefängnis wurde er zusammen mit sechs weiteren prominenten Sozialdemokraten in einer demütigenden Schaufahrt auf einem offenen Lastwagen durch die von einer fanatisierten Nazi-Anhängerschaft gesäumten Straßen Karlsruhes gefahren. In den folgenden Monaten war er im KZ Kislau in der Nähe seiner Heimatstadt Bruchsal interniert. Dort bewies Marum große charakterliche Stärke. In seinen erhalten gebliebenen Briefen aus der Haft kommen die Sorge um seine Familie und die Verantwortung für die entrechtete Arbeiterschaft ebenso zum Ausdruck wie die Hoffnung auf eine baldige Freilassung und die Wiederaufnahme seiner beruflichen Tätigkeit in Karlsruhe. Sein Glaube an die Geltung rechtsstaatlicher Normen erwies sich als Illusion. Aus Überzeugung hatte Marum sowohl die mögliche Chance zur Flucht als auch die Emigration aus Deutschland als verantwortungsloses Handeln abgelehnt. Während führende badische Sozialdemokraten wieder frei gelassen wurden, verfolgte man Marum mit größter Härte. Ihm galt als Sozialdemokraten jüdischer Herkunft der doppelte Hass der Nazis. In der Nacht vom 28. auf 29. März 1934 wurde Marum von NS-Schergen heimtückisch in seiner Zelle ermordet. Vor der Öffentlichkeit war sein Tod als Selbstmord deklariert worden. Dass diese Darstellung keinen Glauben fand, zeigte das Begräbnis, das mit über 3000 Teilnehmern zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen das Nazi-Regime geriet. Die Familie Marum ging ins Exil und überlebte die NS-Zeit – bis auf die jüngste Tochter Brigitte, die 1943 im KZ Sobibor/Polen ermordet wurde.

Die Erinnerung an das tragische Schicksal Marums und an seine politischen Verdienste ist heute eine Verpflichtung einem Menschen und Politiker gegenüber, der über die Grenzen Badens hinaus einen entscheidenden Beitrag für eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung in Deutschland leistete.

Dr. Monika Pohl



Am 16. Mai 1933 werden – öffentlich inszeniert – sieben sozialdemokratische Landtagsabgeordnete aus Karlsruhe in das Konzentrationslager Kislau verschleppt. Von SS- und SA-Männern umringt v. l. n. r.: Hermann Stenz, Adam Remmele, Erwin Sammet, Ludwig Marum, Gustav Heller, Sally Grünebaum und August Furrer.



Die Schaufahrt durch Karlsruhe gehörte zu den bittersten Erfahrungen Marums (Mitte). Während der Zeit seiner Internierung musste er die Zerschlagung seines politischen Lebenswerks und die Zerstörung des Rechtsstaates erleben.

Interessantes zum Land von der LpB

Baden-Württemberg – Vielfalt und Stärke der Regionen

hrsg. v. Hans-Georg Wehling u.a., 400 S., 700 Abb., 2002, 9.50 EUR

Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg

Schriften zur politischen Landeskunde Bd. 35, Konrad Pflug/Ulrike Raab-Nicolai/Reinhold Weber (Hrsg.), 424 S., 124 Abb., 2007, 6.50 EUR

Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik

Schriften zur politischen Landeskunde Bd. 34, Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling (Hrsg.), 320 S., 2006, 6.50 EUR

Politische Köpfe aus Südwestdeutschland Schriften zur politischen Landeskunde Bd. 33, Reinhold Weber/Ines Meyer (Hrsg.), 310 S., 2005, 6.50 EUR

Kulturelle Vielfalt. Baden-Württemberg als Einwanderungsland

Schriften zur politischen Landeskunde Bd. 32, Karl-Heinz Meier-Braun/Reinhold Weber (Hrsg.), 316 S., 2. Aufl. 2006, 6.50 EUR

Geschichte Baden-Württembergs Von den Kelten und Römern bis heute. Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling, 128 S., 2007, 4.- EUR

Meine Heimat ist in mir. Muslime und Musliminnen in Baden-Württemberg

24 Lebensgeschichten in Wort und Bild. Iris Häuser/Maren Witthoeft, 128 S., 2006, 3.- EUR

Baden-Württemberg Memory Das beliebte Gedächtnisspiel mit Bildmotiven aus allen 35 Land- und 9 Stadtkreisen, 2006, 10.- EUR

Die aufgeführten Schutzgebühren verstehen sich zzgl. Versandkosten.

Die Landeszentrale für politische Bildung (LpB)

- ist eine überparteiliche Einrichtung des Landes Baden-Württemberg,
- will für die Demokratie begeistern,
- hilft zur eigenen Meinung,
- veranstaltet Seminare, Tagungen, Vorträge, Studienreisen, Symposien, Ausstellungen, Politische Tage,
- veröffentlicht Bücher, Broschüren und Zeitschriften und bietet didaktisch-methodische Arbeitshilfen und Spiele an,
- betreibt als eigene Tagungsstätte das „Haus auf der Alb“ in Bad Urach mit Bibliothek/Mediothek
- und LpB-Shops/Publikationsausgaben am Hauptsitz Stuttgart und in den Außenstellen Freiburg und Heidelberg.

Bestellungen und Informationen zum Angebot der Landeszentrale für politische Bildung über:
LpB-Marketing, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Fax (0711) 16 40 99 77, marketing@lpb.bwl.de oder www.lpb-bw.de/Shop

Die LpB im Internet: www.lpb-bw.de

Impressum

Text: Dr. Monika Pohl
Redaktion: Dr. Iris Häuser,
Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart,
iris.haeuser@lpb.bwl.de

Fotos: Stadtarchiv Karlsruhe.
Die Veröffentlichungs- und Vervielfältigungsrechte liegen beim Stadtarchiv Karlsruhe.

Gestaltung: Bertron.Schwarz.Frey
Gruppe für Gestaltung, Ulm

Druck: e.kurz+co, Stuttgart

Bereits erschienen in dieser Reihe:

- 1/2000: Vor 150 Jahren – Der Bau der Geislinger Steige
- 2/2000: Vor 50 Jahren – Charta der deutschen Heimatvertriebenen
- 3/2002: Vor 50 Jahren – Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg
- 4/2002: Vor 500 Jahren – Bauernkrieg im Südwesten
- 5/2002: Matthias Erzberger
- 6/2004: Kurt Georg Kiesinger
- 7/2005: Eugen Bolz
- 8/2005: Mathilde Planck
- 9/2006: Carlo Schmid